

Stadt- recht	Bekanntgabe der dem gemeindlichen Vollzugsdienst übertragenen Aufgaben und Befugnisse	3.4.1
-------------------------	--	--------------

Vom 19.06.2024

(veröffentlicht im Amtsblatt der Großen Kreisstadt Crimmitschau
Nr. 7/2024 vom 17.07.2024)

Auf Grund von § 9 des Sächsischen Polizeibehördengesetzes (SächsPBG) vom 11. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 358, 389) und der §§ 1, 2 und 3 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Bestellung von gemeindlichen Vollzugsbediensteten für den Vollzug polizeibehördlicher Aufgaben (Gemeindliche-Vollzugsbediensteten-Verordnung - GemVollzVO) vom 26. April 2023 (SächsGVBl. S. 230) wird hiermit öffentlich bekannt gegeben, dass die Große Kreisstadt Crimmitschau als Ortspolizeibehörde ihren gemeindlichen Vollzugsbediensteten folgende polizeibehördlichen Vollzugsaufgaben einschließlich Befugnisse des unmittelbaren Zwangs übertragen hat:

**1. Aufgaben nach § 1 Abs. 1 GemVollzVO:
den Vollzug**

1. von Satzungen und Polizeiverordnungen der Orts- und Kreispolizeibehörde,
2. der Vorschriften zum Schutz von öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen, Kinderspielplätzen sowie anderen dem öffentlichen Nutzen dienenden Anlagen und Einrichtungen gegen Beschädigung, Verunreinigung und missbräuchliche Benutzung,
3. der Vorschriften über den ruhenden Verkehr,
4. der Vorschriften über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen,
5. der Vorschriften über das Verbot des Behandeln, Lagerns, und Ablagerns von Abfällen sowie über die Beseitigung pflanzlicher Abfälle außerhalb dafür zugelassener Anlagen,
6. der Vorschriften über das Reisegewerbe und das Marktwesen,
7. der §§ 3 bis 9 des Sächsischen Ladenöffnungsgesetzes
8. des Sächsischen Gaststättengesetzes
9. der Vorschriften zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden.

**2. Aufgaben nach § 1 Abs. 2 i.V.m. § 1 Abs. 3 GemVollzVO:
den Vollzug**

1. der Vorschriften zum Schutz der Ruhe an Sonn- und Feiertagen,
2. der Vorschriften zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Öffentlichkeit,
3. der Vorschriften über unzulässigen Lärm außerhalb des Anwendungsbereichs des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
4. der Vorschriften zu Abbrennverboten pyrotechnischer Gegenstände nach der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz
5. von Anordnungen der Katastrophenschutzbehörde nach den §§ 55 und 58 des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst, und Katastrophenschutz

3. Übertragene Befugnisse des unmittelbaren Zwangs nach § 2 GemVollzVO:

Den gemeindlichen Vollzugsbediensteten werden bei der Wahrnehmung ihrer polizeibehördlichen Vollzugsaufgaben folgende Befugnisse übertragen: der Einsatz von

- 3.1 einfacher körperlicher Gewalt gegen Personen und Sachen,
- 3.2 Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt in Form von Reizstoffen, Fesseln sowie als Waffe den Schlagstock

Für die Anwendung der Befugnisse des unmittelbaren Zwangs gelten die §§ 39 bis 42 des Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetzes vom 11. Mai 2019 entsprechend.

Die Zuständigkeit des Polizeivollzugsdienstes bleibt unberührt.